

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 287.

Erscheint jeden Montag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.
zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

84. Jahrgang.
Sonntag, den 10. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die geschaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Woche.

Reichstag und preussischer Landtag theilten sich brüderlich in die vergangene Woche; denn wenn der Reichstag arbeitete, pausirte der Landtag und umgekehrt. Beide parlamentarische Körperschaften tagen bekanntlich nicht gern neben einander, mag der Grund nun darin liegen, daß zu viele Mitglieder in beiden Häusern thätig sind, oder in dem Umstande, daß man auf die Publizität etwas eifersüchtig ist und dem Publikum nicht gern zu viele parlamentarische Schüsseln auf einmal serviren möchte. Der Regierung sind denn auch Vorwürfe, daß sie die Zeit nicht besser einzutheilen vermöge, um jedem Parlamente seine besondere Session ohne Konkurrenz zu sichern, nicht erspart geblieben. Uebrigens mag es wohl zuweilen unmöglich sein, allen Wünschen gerecht zu werden, denn die Parlamente selbst beschränken sich nicht gern, weder in der Dauer der Debatten, noch bezüglich der Bequemlichkeit der Zeit. Der Sommer scheidet der Hitze wegen aus; im Herbst und Frühjahr giebt es der Jahreszeit wegen diverse Feiertage und so bleibt denn für zwei Parlamente und einen Volkswirtschaftsrath nur der Zeitraum von wenigen Monaten, der bisher so geschickt vertheilt worden ist, daß Kollisionen zu den Seltenheiten gehören. So war es auch in der abgelaufenen Woche. Der Reichstag begann — nachdem er zuvor einige kleinere Vorlagen erledigt hatte — am Donnerstage mit der Etatsberathung, welche fast nur von der Frage der zweijährigen Budgetperiode beherrscht wurde. Etwas Neues brachte man jedoch nicht zum Vorschein. Die Vortheile und Nachtheile einer Etatsaufstellung auf mehrere Jahre sind in der letzten Reichstags-Session so eingehend erörtert worden, daß eben nichts Neues hinzuzufügen ist. Auch die Stellung der Parteien zur Sache hat sich inzwischen nicht geändert. Vollständig neu ist aber diesmal der Weg, auf welchem die Reichsregierung die zweijährige Budgetperiode einzuführen sucht. Früher hielt die Regierung eine ausdrückliche Aenderung des Art. 69 der Reichsverfassung für erforderlich; jetzt erklärt sie, daß derselbe der gleichzeitigen Feststellung der Etats auf mehrere Jahre hinaus nicht im Wege stehe. Artikel 69 lautet:

„Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres durch ein Gesetz festgestellt.“

Die Auffassung der Reichsregierung stützt sich auf die rein wörtliche Auslegung, daß unter dem „vor Beginn des Etatsjahres“ keineswegs ausschließlich die Zeit unmittelbar vor Beginn des Etatsjahres verstanden werden müsse, es vielmehr nur darauf ankomme, daß die Feststellung überhaupt vor Beginn des Etatsjahres, einerlei wann, erfolgt sei. Nach dem Geiste sowohl wie nach der Entstehungsgeschichte des Art. 69 kann aber kein Zweifel sein, daß lediglich die alljährliche Aufstellung des Etats beabsichtigt gewesen ist, wie denn auch die Regierung selbst dies bei ihrer Vorlage von 1881 noch angenommen hat. Wie damals, so wird auch diesmal der zweijährige Etat sicher abgelehnt, denn nachdem sich die Liberalen und das Centrum für diese Ablehnung entschieden, haben die Gegner der Regierungsvorlage die Majorität. Ob es dem Fürsten Bismarck, der am Donnerstage krankheitshalber der Etatsberathung nicht beiwohnen konnte, in einer späteren Sitzung gelingen wird, den Reichstag günstiger zu stimmen, ist mehr als zweifelhaft. — Das preussische Abgeordnetenhaus hielt nur zwei Sitzungen, am Montag und am Mittwoch, in denen es sich lediglich mit der Fortsetzung der Etatsberathung beschäftigte. Hierbei kam am Montag auch die Bagabundennoth wieder zur Sprache, aber die lebhafteste Debatte über diesen Gegenstand förderte auch diesmal kein praktisches Resultat zu Tage. Am Mittwoch führte das Haus zunächst die Berathung des Etats für das Ministerium des Innern zu Ende, wobei es bei einer geringfügigen Position — 11 500 Mark für verschiedene Reparaturen im Ministerialgebäude des Innern — zu einer langen Debatte kam. Hierauf schloß sich die Spezialberathung der Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, deren einzelne Kapitel im Ganzen genehmigt wurden. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Dienstag, den 12. Dezember statt. — Aus dem Westen Deutschlands ward abermals das Steigen der meisten Flüsse, des Rheins, des Neckars, der Mosel u. gemeldet, doch ist glücklicherweise keine neue Hochwassergefahr eingetreten. Haben doch die

vorausgegangenen Ueberschwemmungen leider schon viel zu viel Unheil angerichtet. So oft solche Unglücksfälle eintreten, gelangt eine Reihe von geistreichen Abhandlungen und sinnreichen Vorschlägen zur Veröffentlichung, wobei immer der Rath die erste Rolle spielt, unsere entholzten Waldflächen wieder zu bestocken. So gut dieser Rath auch sein mag, so läme er doch bloß den kommenden Geschlechtern zu Gute, da eine Wiederaufforstung eines Zeitraumes von über 60 bis 100 Jahren und noch darüber hinaus bedarf. Sodann wird die Mehrzahl unserer einst bewaldeten Berge sich überhaupt nicht mehr aufforsten lassen, weil Sturzwasser von denselben die Hauptbedingung wegsplüht, nämlich die Krume, das ist: der Humus. Es handelt sich daher für den Moment um eine noch dringlichere Maßregel, nämlich um Wasserbauten, zunächst um die Erbauung von Hochreservoirs und Parallelkanälen, mit denen allerdings die Wiederaufforstung der fahlgeschlagenen Gebirgszüge Hand in Hand gehen muß.

In Oesterreich begann vergangene Woche die parlamentarische Kampagne wieder. Die neue Session des Reichsrathes wurde am vergangenen Dienstag mit einem Exposé des Finanzministers für Böhmen, Dr. von Dunajewski, über die Finanzlage des österreichischen Staates eröffnet. Nach der Darstellung Dunajewski's sind die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Donauraiches in entschiedenem Aufschwunge begriffen und dementsprechend prangte auch das Finanzexposé in den hellsten Farben. Für 1883 ist nur ein Defizit von ca. 31 1/2 Millionen Gulden vorhanden und auch dieses schmilzt nach den Zahlengruppirungen des Finanzministers auf die Summe von 6 Millionen zusammen. Indessen, Herr von Dunajewski schaut die Dinge doch wohl in zu rosigem Lichte und das Steuerbouquet, welches er dem Reichsrathe schließlich präsentirte, ist eine bedenkliche Zugabe zu seinen günstigen Darstellungen. Er kündigte nämlich Gesetzeswürde, betreffend die Erwerbsteuer, die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmungen, die Rentensteuer und die Personaleinkommensteuer an. Von der Reichsraths-Majorität wurden die Ausführungen Dunajewski's mit Beifall aufgenommen.

Im italienischen Abgeordnetenhaus wollen die Debatten noch immer nicht recht in Fluß kommen. Man hat bis jetzt mit Kommissionswahlen und anderen Formalien die Zeit zugebracht, weil augenscheinlich die Parteigruppierung, von der die ganze Kampagne in hohem Grade bedingt ist, sich noch nicht genügend konsolidirt hat. Ein Zwischenfall, der mit dem Brablaugh-Fall im englischen Unterhause eine frappante Aehnlichkeit zeigt, macht indessen viel von sich reden und wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Gesetzesantrage über die Modifikation des Parlamentes Anlass geben. Ein der mazzinistischen Gruppe angehöriger Abgeordneter, Dr. med. Falleroni, verweigerte nämlich die Ableistung des Eides so hartnäckig, daß er mit Gewalt aus dem Saale entfernt werden mußte. Sein Mandat gilt in Folge dieser Weigerung für erloschen.

Aus Frankreich war in dieser Woche an politischen Vorfällen fast gar nichts zu melden. Die Deputirtenkammer nahm in ihrer Sitzung vom 6. Dezember das Budget des Handelsministeriums an, wobei Minister Tirard entschieden gegen neue Kreditforderungen und erklärte, man müsse einhalten, wenn man nicht das Gleichgewicht der Finanzen in Frage stellen wolle. Die Standalucht der Pariser wird durch den Anfang der Woche begonnenen Prozeß gegen die ehemaligen Direktoren der zusammengebrochenen „Union générale“, Bontoux und Feder, neue Nahrung erhalten, nachdem schon die Verwundung Gambetta's, sowie seine angeblichen Konspirationen gegen den Präsidenten der Republik, der Klatschucht der französischen Hauptstadt überreichen Stoff gegeben haben. — In Cannes starb am Mittwoch der alte Revolutionär Louis Blanc nach kurzem Krankenlager.

In der zweiten holländischen Kammer erklärte auf die heftigen Angriffe mehrerer Deputirten der Minister des Auswärtigen, von Rochussen, über den neuen Handelsvertrag mit Frankreich seien die Verhandlungen im Gange, derselbe basire auf dem Prinzipie der meistbegünstigten Nation und werde auf ein Jahr abgeschlossen werden. Der Vertrag werde die Form einer Konvention erhalten und nicht auf ein Gesetz basirt werden.

wie Frankreich ein solches für seinen Handels-Vertrag mit England angenommen habe. In der Angelegenheit wegen Bornes habe die Regierung ihre Pflicht gethan. Der Minister bemerkt sodann bezüglich der Suez-Kanalfrage, das Interesse der Niederlande an dem Suezkanal sei zu einleuchtend, als daß man befürchten sollte, daß die Niederlande übergegangen würden, wenn ernstliche Verhandlungen in dieser Richtung stattfinden.

Die Reise des russischen Ministers v. Giers gab auch in der vergangenen Woche der europäischen Presse ergiebigen Stoff zu allerlei Kombinationen, die ganze Seiten füllen würden, wollte man sie auch nur in Kürze erwähnen. Die Berliner offiziellen Kommentare zeichnen sich dabei durch eine große Unammundenheit der Sprache aus. Es wurde nämlich aufmerksam gemacht, der intime, dokumentarisch wohlverbrieft Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses sei Herrn Giers zu dem Zwecke konstatiert worden, um einer dritten Macht klar zu machen, daß es ihr nicht möglich wäre, zu einer der beiden Vertragsmächte in ein Verhältnis zu treten, welches an Festigkeit und Intimität demjenigen zwischen Deutschland und Oesterreich gleich käme. Rußland — dies ist der kurze Sinn jener offiziellen Auslassungen — kann für Deutschland ein Allierter zweiter Klasse, nicht ein Allierter erster Klasse wie Oesterreich sein. Es ist aber auch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß Herr von Giers in Paris eben bemüht war, den russisch-deutschen Beziehungen einen höheren Grad der Intimität zu verschaffen, und wenn nun von Berlin aus die Schranken für diese Intimität in der erwähnten Weise fixirt werden, so wird man wenigstens von einem theilweisen Misserfolge der Reise des Herrn von Giers sprechen dürfen.

Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit Spanien wegen Erneuerung des Handelsvertrags dauern noch fort. Es gilt als zweifelhaft, ob vor dem 15. d. M. eine Einigung erzielt werden kann. — Ministerpräsident Sagasta entwickelte dieser Tage in einer Verammlung von Deputirten das Regierungsprogramm für die nächste Session. Darnach ist die Regierung entschlossen, ihre Prinzipien aufrecht zu erhalten, welche sie früher schon vertheidigt habe, als sie sich noch in der Opposition befand. Es würden Reformen in allen Zweigen der Verwaltung eingeführt werden, darunter die Religions- und die Pressefreiheit. Die Regierung würde in der nächsten Session mit den Vorschlägen für ein Gesetz wegen der Geschwornengerichte und für ein Zivilhegegesetz vor die Kortes treten. — Wenn in dem bigotten Spanien diese Gesetze zur Wahrheit werden, dann fällt dem Vatikan abermals eine seiner kostbarsten Perlen geistlicher Herrschaft in's Wasser.

Die seltsamen Veränderungen im türkischen Kabinet haben mit der Wiedereinsetzung Said Pascha's als Großvezier bis auf Weiteres ihr Ende erreicht. Man behauptet, die nervöse Schwarzseherei des Sultans, welche überall Verrath wittere, sei schuld an den letzten Vorkommnissen. Und darf man es dem Sultan verdenken, wenn er überall Spionker sieht? Man erwäge nur, wie es ihm in letzter Zeit ergangen ist. Zunächst wurde er dazu genöthigt, bedeutende Grenzländer an das unzufriedene Griechenland abzutreten, dann nahmen die Franzosen ihm den türkischen Vasallenstaat Tunis hinweg und die Engländer haben sich in Egypten festgesetzt. Sie ließen dem Sultan weiter nichts, als das leere Nachsehen und einige sehr fadenscheinige Rechte, welche England noch jeden Tag weiter einschränken kann. Man sieht, jede Macht, die es in ihrem Vortheile hält, greift zu und reißt ein Stück nach dem andern von der Türkei los. Wie kann da auch nur ein Schatten von der Autorität des Sultans und seiner Regierung bestehen bleiben? Und was können unter solchen Umständen die Reformversuche in der Türkei, die Ministerwechsel und sonst welche Besserungspläne nützen? Moralisch und physisch, politisch und finanziell ist die Türkei tod und das, was sie noch an militärischer Kraft besitzt, reicht nicht entfernt mehr aus, um sich ihrer vielen Gegner zu erwehren. Unaufhaltsam bereitet sich daher die große Katastrophe im Orient vor, Krisis auf Krisis, Verlust auf Verlust bezeichnen ihren Weg und der Untergang der Türkei hängt schließlich von einem Zufall ab, der das morische Reich zum Stürzen bringt. Da kann man es dem Sultan wahrhaftig nicht verdenken, wenn er fortwährend in gereizter Stimmung ist.

Feuilleton in der 2. Beilage.